



vbw

Die bayerische Wirtschaft

Deutschland hat Zukunft | Präsenz + Stream

Mittwoch, 28.02.2024 um 18:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Ein Jahr Bürgergeld – Fazit und Ausblick

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem *Deutschland-hat-Zukunft-Kongress* hier im Haus der Bayerischen Wirtschaft!

Ein Jahr nach seiner Einführung wollen wir heute das Bürgergeld in den Blick nehmen und dabei nicht nur ein kritisches Zwischenfazit ziehen, sondern auch über mögliche Reformen diskutieren.

Besonders herzlich begrüßen möchte ich zuerst die **aktiv Beteiligten**,

- **Dr. Markus Gruber**, Amtschef im Bayerischen Sozialministerium, lieber Markus, schön dass Du heute bei uns bist,
- **Stephan Stracke**, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der AG Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lieber Stephan, Danke dass Du heute mit uns diskutierst.

- Ebenfalls aus den Deutschen Bundestag möchte ich **Sebastian Roloff** für die SPD begrüßen. Lieber Herr Roloff herzlichen Dank auch an Sie, dass Sie sich die Zeit für unsere Diskussion nehmen.
- Begrüßen möchte ich auch Herrn **Dr. Schulenburg** vom Bayerischen Landkreistag, lieber Herr Dr. Schulenburg, schön dass Sie da sind.
- Mit Herrn **Professor Schöb** haben wir heute einen Vertreter der Wissenschaft dabei, der uns sicher einige spannende Erkenntnisse zu den Effekten des Bürgergelds aufzeigen kann. Lieber Herr Professor Schöb, schön dass Sie da sind.

[Weitere persönliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

es war eine Zäsur: am 1. Januar 2023 hat das Bürgergeld Hartz IV abgelöst. Die Idee hinter dem sozial- und arbeitsmarktpolitischen Richtungswechsel ist es, Arbeitssuchenden Druck zu nehmen und ihnen mehr Chancen zu eröffnen, um eine langfristige, gute Beschäftigung zu finden.

Dieser Plan ist bislang allerdings nicht aufgegangen: Heute ist das Bürgergeld umstrittener denn je, weite Teile der Gesellschaft stehen ihm kritisch bis ablehnend gegenüber! Auch wir als Bayerische Wirtschaft halten die Rücknahme der Hartz-Reformen für einen schwerwiegenden Fehler, der die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts unnötig einschränkt.

Denn klar ist: Das Bürgergeld verschärft den ohnehin schon eklatanten Mangel an Fach- und Arbeitskräften zusätzlich.

Trotz konjunktureller Stagnation ist die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen ungebrochen hoch. In vielen Branchen können die Betriebe ihren Personalbedarf nicht mehr decken.

Klar ist ebenso: Auch in Zukunft wird uns nicht die Arbeit ausgehen. Eher gehen uns die Menschen aus, die diese Arbeit verrichten. So kommt unsere vbw Arbeitslandschaft-Studie zu dem Ergebnis, dass das Arbeitskräfteangebot allein im Freistaat bis 2035 um etwa 400.000 Menschen zurückgehen wird.

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht geradezu fahrlässig, die Erfolge der Hartz-IV-Reformen zu negieren und arbeitsmarktpolitisch einen komplett anderen Weg einzuschlagen.

Ich will an dieser Stelle in Erinnerung rufen: Seit Anfang 2007 hat sich die Zahl der erwerbsfähigen arbeitslosen Leistungsbezieher um über 1,3 Millionen Personen reduziert. Mit dem Bürgergeld

werden wir diese Erfolgsgeschichte kaum fortschreiben können.

Denn es hat sich im ersten Bürgergeld-Jahr gezeigt, dass die Übergänge in Arbeit stocken. Hier mag auch das schwierige konjunkturelle Umfeld eine Rolle spielen, aber mit Blick auf die zahlreichen offenen Stellen, sollte uns diese Entwicklung alarmieren.

Das sehen übrigens nicht nur wir als Bayerische Wirtschaft so. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung fürchtet, dass das Bürgergeld vielen den Anreiz gibt, nicht arbeiten zu gehen. Zu gering sei der Abstand zwischen einem niedrigen Arbeitseinkommen und staatlicher Unterstützung.

Für uns ist deshalb klar: Wir müssen den Vorrang der Eigenverantwortung vor staatlicher Unterstützung wieder mehr in den Köpfen der Menschen verankern.

- Wir brauchen keinen Sozialstaat, der Leistungsempfänger dauerhaft im Alimentierungsbereich parkt.
- Wir brauchen stattdessen einen Sozialstaat, der Menschen so schnell wie möglich raus aus dem Leistungsbezug und rein in ein eigenverantwortliches Leben bringt!

Unser bewährtes Sozialstaats-Prinzip heißt doch nicht „verteilen und verweilen“, es lautet „fördern und fordern“, meine Damen und Herren!

Und deshalb muss unser Fokus wieder mehr auf dem Dreiklang Aktivierung, Qualifizierung und natürlich auch Vermittlung liegen: Wer gesund ist und arbeiten kann, sollte das unbedingt auch tun!

Zwar unterstützen wir die mittlerweile wieder verschärften Sanktionen für „Totalverweigerer“, die zunächst für zwei Jahre befristet sind:

Insgesamt aber greifen die Maßnahmen beim Bürgergeld viel zu kurz. Sie tragen kaum dazu bei,

mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Hier hätte man deutlich entschlossener agieren müssen.

Das gilt übrigens auch mit Blick auf Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind: Wir brauchen eine Zuwanderung in Arbeit, also für die Sozialsysteme und nicht in die Sozialsysteme!

Genau das wird mit dem Bürgergeld aber zunehmend zu einem Problem: Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass von den knapp vier Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten fast die Hälfte ausländischer Herkunft ist. Ein großer Teil davon wiederum stammt aus den Hauptasylherkunftsländern und der Ukraine. Sogar der ukrainische Präsident Selenskyj hat sich deshalb zuletzt kritisch zur Sogwirkung des Bürgergelds geäußert.

Wir meinen: Es ist etwas schiefgelaufen, wenn in unseren Nachbarländern zwei Drittel der Geflüchteten aus der Ukraine arbeiten, während es bei uns nur knapp 20 Prozent sind!

Um nicht falsch verstanden zu werden:
Deutschland ist ein freies und offenes Land und damit auch attraktiv für ausländische Staatsbürger. Das muss auch so bleiben. Aber dazu gehört zwingend auch die Integration in die Gesellschaft und in Arbeit.

An dieser Stelle will ich betonen, dass arbeitssuchende Menschen auch Jobs unterhalb ihres Qualifikationsniveaus annehmen können: Es muss nicht immer der „perfect match“ sein. Im Zweifel reicht es, wenn wir eine offene Stelle schlicht und ergreifend besetzen können.

Als Bayerische Wirtschaft sehen wir das Bürgergeld auch deshalb so kritisch, weil das Bedürftigkeitsprinzip aufgeweicht wird. Wir meinen: Sozialleistungen sollte nur der erhalten, der sie auch wirklich benötigt!

Hinzu kommt: die Ampelkoalition hat bislang weder die nötige grundlegende Reform der Hinzuverdienstgrenzen auf den Weg gebracht,

noch geht man die Herausforderung an, die verschiedenen Transferleistungen besser aufeinander abzustimmen.

Aktuell bestehen zahlreiche Probleme an den Schnittstellen – zum Beispiel zwischen Bürgergeld, der Übernahme der Kosten der Unterkunft und dem Wohngeld. Hier müssen wir ran, um einen konsistenten Rahmen der Leistungsgewährung zu schaffen, der die Aufnahme einer Beschäftigung attraktiv macht.

Aktuell haben wir faktisch zwei parallellaufende Grundsicherungssysteme. Wir brauchen aber eine einheitliche Architektur der sozialen Sicherung.

Erst wenn wir diesen Schritt vollzogen haben, kann überhaupt erst die Idee einer Kindergrundsicherung diskutiert werden. Andernfalls wird das System nur noch unübersichtlicher und die Aufnahmen einer Beschäftigung noch unattraktiver.

Meine Damen und Herren,

am Ende meiner Einführungsworte will ich betonen, dass wir ein Jahr nach seiner Einführung dringend eine Reform des Bürgergelds benötigen. Und wir danken der Bayerischen Staatsregierung, dass sie sich genau dafür im Bundesrat stark macht.

Wir brauchen jetzt

- mehr Eigenverantwortung
- mehr Leistungsgerechtigkeit
- und vor allem mehr Anreize zum Arbeiten!

Demgegenüber brauchen wir

- weniger Alimentierung,
- weniger Beschäftigungshürden
- und weniger Fehlanreize zum Zurücklehnen!

Leistungswille und Leistungsbereitschaft müssen wieder belohnt werden!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und übergebe das Wort jetzt an unseren Moderator.